



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 28.01.2008

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:35 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 32 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele	bis TOP 4
Herr Stadtrat Aßfalg	
Herr Stadtrat Braig	
Herr Stadtrat Brenner	
Frau Stadträtin Brunner	
Herr Stadtrat Dr. Compter	ab TOP 2
Herr Stadtrat Deeng	
Frau Stadträtin Drews	
Herr Stadtrat Dullenkopf	
Herr Stadtrat Etzinger	TOP 3 bef.
Frau Stadträtin Förg	
Herr Stadtrat Funk	
Herr Stadtrat Garlin	
Frau Stadträtin Goeth	
Herr Stadtrat Hagel	
Frau Stadträtin Handtmann	TOP 9 bef.
Herr Stadtrat Herzhauser	
Frau Stadträtin Kapfer	ab TOP 2
Herr Stadtrat Keil	
Herr Stadtrat Kolesch	
Frau Stadträtin Kübler	
Herr Stadtrat Lemli	bis TOP 7
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding	
Herr Stadtrat Pfender	
Herr Stadtrat Späh	
Frau Stadträtin Vollmer	
Herr Stadtrat Weber	bis TOP 6
Herr Stadtrat Wiest	
Herr Stadtrat Zügel	

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung	
Herr Dr. Biege, Kulturdezernent	ab TOP 5
Herr Edelmann, Kämmereiamt	TOP 2 bis TOP 6.
Frau Engelhardt, Kulturamt	bis TOP 7
Herr Geiger, Rechnungsprüfungsamt	bis TOP 6
Herr Kuhlmann, Stadtplanungsamt	ab TOP 4
Frau Ludwig, Ordnungsamt	bis TOP 6
Herr OV Meier, Rißegg	
Herr Simon, Hauptamt	ab TOP 2
Frau Voss, Stadtmarketing & Tourismus	bis TOP 2

entschuldigt:

Frau Stadträtin Buttschardt
Herr Stadtrat Gehring
Herr Stadtrat Rieger

Gäste:

Herr Schützendirektor Bott	bis TOP 2
Herr Krug, Lernen Fördern	bis TOP 3
Herr Ocker, Schützendirektion	
Herr Pfab, Schützendirektion	bis TOP 2
Herr Schley, Schützendirektion	bis TOP 2

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Bürgerfragestunde	
2.	Aufbau und Struktur der Schützendirektion - Mündlicher Vortrag von Klaus Bott	
3.	Übertragung der bisherigen Investitionskostenzuschüsse zugunsten des Vereins Lernen Fördern e. V. für die Gebäude Ehinger Straße 9 und Bismarckring 25 auf die Gebäude Haberhäuslestraße 22 und 22/1	209/2007
4.	Wiederbesetzung der Stelle "Leitung des Amtes für Bildung, Betreuung und Sport"	5/2008
5.	Annahme von Spenden für das 4. Quartal 2007	6/2008
6.	Bericht zur Entwicklung der Haushaltslage der Stadt Biberach zum 31.12.2007	7/2008
7.	Ausrichtung der Heimattage Baden-Württemberg 2012	2/2008
8.	Benennung der Straßen im Baugebiet "Talfeld" - Anträge der SPD, FW/UB und FDP -	1/2008 - 1
9.	Aufstellung des Bebauungsplans "Aspach-Nord - 2. Änderung"	4/2008
10.	Renaturierung Bleicherbach / Beauftragung einer Vorentwurfsplanung	3/2008
11.1.	Verschiedenes: Lehmgrube	
11.2.	Verschiedenes: Baumaßnahme Pfluggasse	
11.3.	Verschiedenes: EDEKA-Markt Walke	

Die Mitglieder wurden am 17.01.08 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 25.01.08 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Bürgerfragestunde

Herr Maier hat Fragen zu unterschiedlichen Themen.

Fahrradabstellplätze

Er bezeichnet das Fahrrad als wichtig zur Erreichbarkeit der Innenstadt und empfiehlt, ein oder zwei Stellplätze innerhalb der Altstadt vorzusehen. Als mögliche Standorte nennt er den Marktbrunnen, und den Platz hinter dem Rathaus.

OB Fettback lässt wissen, es sei bereits ein Auftrag an das zuständige Baudezernat erteilt worden, entsprechende Flächen auszuweisen.

Bezahlbarer Wohnraum und Flächenverbrauch

Herr Maier meint, auch in Biberach lebten arme Menschen und er frage sich, ob ausreichend bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung stehe. Überdies äußert er sich besonders besorgt über den seines Erachtens ungewöhnlichen Flächenverbrauch in Biberach.

OB Fettback lässt wissen, im Rahmen der Haushaltsplanberatungen seien entsprechende Anträge gestellt worden. Man wolle das Jahr 2008 nutzen, um den gefühlten Mangel zu eruieren. Am besten wäre es jedoch, die Privatwirtschaft würde dies selbst regeln. Eventuell könne man mit der Baugenossenschaft und anderen kooperieren. Seines Erachtens fehlten Mietwohnungen in jeder Preislage. Das Land Baden-Württemberg habe auch schon reagiert. Man müsse als wachsende Stadt die erforderliche Infrastruktur vorhalten.

OB-Sprechstunde

Herr Maier fragt, ob bei akuten Problemen ohne Termin beim Oberbürgermeister vorgesprochen werden könne.

OB Fettback erinnert daran, bei seinem Amtsantritt habe er eine Bürgersprechstunde angeboten, die jedoch meist nicht nachgefragt worden sei. Daher habe er das Verfahren umgestellt und man könne nun einen Termin nach telefonischer Anmeldung bei ihm erhalten, wobei er sich nach den Bedürfnissen der Bürger bezüglich der Tageszeit richte.

TOP 2 Aufbau und Struktur der Schützendirektion - Mündlicher Vortrag von Klaus Bott

Herr Bott erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation Aufbau und Organisation der Schützendirektion. Die Folien sind diesem Protokoll als **Anlage** beifügt.

Zunächst teilt Herr Bott mit, die Schützendirektion sei eine lose Bürgerversammlung ohne vereinsrechtliche Bedeutung. Neu sei, dass man einen Verein zum Schutz des Brauchtums gegründet habe, der die juristischen Angelegenheiten und Verträge regle. Ferner existiere ein Förderverein, der die juristische Verbindung zur Annahme/Bestätigung von Spenden regle, was früher über den städtischen Haushalt gelaufen sei und lange Verfahren bedeutet habe. Es seien circa 40 - 50 juristische Fälle pro Jahr zu bearbeiten. Zum Bereich Öffentlichkeitsarbeit gehöre die JOI, die Jugend-Orchester-Initiative. Man sei stolz, dass es gelungen sei, verschiedene Kapellen zusammenzuführen und man so eine durchgängige Musiklaufbahn bieten könne. Er bezeichnet es als erfreulich, dass alle Institutionen auf einer Linie lägen und bringt zum Ausdruck, dass dies auch für den Bereich Theater wünschenswert wäre, sprich eine Zusammenarbeit von Jugendkunstschule, Dramatischem Verein und Schützentheater, um Synergien zu nutzen. Große Bedeutung misst er der Kommission Sicherheit bei. Man müsse Gefahrensituationen frühzeitig erkennen und festlegen, was im Gefahrfall zu unternehmen sei.

Zur Finanzausstattung lässt er wissen, das Anlagevermögen betrage ca. 700.000 €, zu dem die Sachleistungen der Stadt hinzukämen, so dass man von 1 Mio. € ausgehen könne. Vieles wie beispielsweise einzelne Wägen seien von unschätzbarem Wert.

Die Schausteller stünden zum Teil mit dem Rücken zur Wand. Es mache sich die Konkurrenz zu parallel laufenden Festen bemerkbar und die von Biberach geforderte familienfreundliche Preisgestaltung gefalle den Fahrleuten nicht. Beim Feuerwerk verzeichne man immer mehr Einschränkungen aufgrund von Abstandsproblemen und Anliegerklagen.

Zur Personalwechseln lässt er wissen, Herr Dr. Wulz und Herr Dehio beendeten ihre aktive Zeit nach dem diesjährigen Schützenfest. Dann spricht er noch ein Kompliment an die Rathausmitarbeiter aus, die für die Tribünenkarten und die Gästebetreuung verantwortlich zeichneten.

Für die Ziehung und das Biberschießen wende man rund 80.000 € auf. Die Preisauswahl sei nicht einfach, da man sich um attraktive Preise bemühe.

Beim Schwarz Veri seien einige Neuerungen im Gang. Hier versuche man seit Jahren Veränderungen, was nicht immer einfach sei. Angedacht sei, das Schwarz Veri Fest im Gebiet zwischen Museum und Rathaus abzuhalten. Eventuell gelinge ein kleines Spektakel verschiedener historischer Gruppen.

Applaus.

Herr Bott trägt, auf Frage vor, vor 14 Tagen habe er mit OB Fettback und Herrn Högerle von der Polizei in der Kommission Sicherheit das Thema Jugendalkoholismus angesprochen. Dies sei kein neues Problem, für Biberach biete sich aber die Chance, eine Vorreiterrolle einzunehmen und präventiv mit Vertretern der Jugend wie dem Jupa und anderen tätig zu sein. Zumindest wolle man das Bewusstsein für dieses Problem schärfen.

Es wird applaudiert.

OB Fettback stellt in diesem Zusammenhang Frau Ludwig als Stellvertreterin von Herrn Fessler vor. (Applaus). Anschließend beantwortet Herr Bott Fragen aus dem Gremium. Die Schützendirektion sei kein Verein, da sie nie so gegründet worden sei. Vielmehr hätten sich Bürger zur Gestaltung des Festes zusammengefunden. Man benötige jedoch aus verschiedenen Gründen eine juristische Einheit. Die Zulässigkeit der Videographie sei unabhängig von der Organisationsform der Schützendirektion zu sehen. Derzeit erfolge eine juristische Prüfung in Tübingen. Die Schützendirektion habe während des Schützenfestes das Hausrecht auf dem Gigelberg und somit auch die Verpflichtung, für Sicherheit und Ordnung zu sorgen. Er könnte sich eine Videoüberwachung auf dem Gigelberg vorstellen. Nicht beabsichtigt sei dies von der Kommission Sicherheit für die Consulengasse. Er hoffe, im Jahr 2008 Videoaufzeichnungen machen zu können, die dann bei Bedarf ausgewertet werden könnten, allerdings nicht von der Polizei.

Auf Frage von StR Späh **sagt er zu**, dass Organigramm leicht zu überarbeiten, damit es dem Gemeinderat zur Verfügung gestellt werden kann.

Die Wirkung der Sperrstundenregelung bezeichnet Herr Bott als positiv. Es sei keine Änderung beabsichtigt. Bei geschlossenen Gruppenfeiern wie den Jahrgängerfeiern finde man immer eine Lösung. Generell sei eine Ruhepause für Aufräumarbeiten, die Anwohner und anderes erforderlich, was in den letzten Jahren gut gelungen sei.

OB Fettback fügt an, die Anregung des Landes, die Sperrzeitenregelung insgesamt aufzuheben würde im Falle einer Umsetzung während des Schützenfestes per Sonderverfügung anders geregelt und eine Sperrzeitenregelung eingeführt. Man sei immer im Gespräch mit allen Gastwirten und den Tankstellen.

StR Funk dankt für die Informationen und gibt zu verstehen, er habe eine andere Einstellung zur Beziehung zwischen Schützendirektion und Stadt. Die Schützendirektion arbeite im Auftrag der Stadt und müsste seines Erachtens im Haushaltsplan in Anlage 13 aufgeführt werden. Bei Auflösung der Schützendirektion ginge dann das gesamte Vermögen an die Stadt. Die Barleistungen der Stadt an die Schützendirektion in Höhe von 15.441 € seien seit 1974 gleich geblieben. Es existiere jedoch ein Gemeinderatsbeschluss, alle fünf Jahre generell derartige Beträge zu überprüfen. Er regt eine Erhöhung an, wenn der Preis des Festabzeichen dadurch beispielsweise noch eine Weile konstant gehalten werden könnte. Er äußert die Hoffnung, auch künftig ohne Videoaufzeichnungen auskommen zu können.

Herr Bott erwidert, es existiere keine Aussage in der Geschäftsordnung der Schützendirektion oder in einer Satzung, dass man im Auftrag der Stadt tätig sei. Man verstehe sich als Gremium von Bürgern für Bürger. Er erachtete es nicht als sinnvoll, zwischen Stadt und Schützendirektion zu trennen oder einen besonderen Status festzulegen. Die Organisation habe über Jahrhunderte gut funktioniert und bedürfe keiner Änderung. Man denke an den Aufbau einer Stiftung zur Sicherung der finanziellen Unabhängigkeit der Schützendirektion. Man pflege ein Miteinander zwischen Stadt und Schützendirektion, was besonders in der Kommission Sicherheit deutlich werde. Er bestätigt, dass die Barleistungen wie genannt eingefroren seien. Man habe von der Stadt 2007 aber Sachleistungen in Höhe von 302.000 € erhalten, was ein großes Entgegenkommen sei. Es könnte ein schönes Zeichen sein, durch die Erhöhung der Barleistung den Preis für das Schützenabzeichen konstant zu halten. Man habe jedoch ausgeglichene Haushalte und tue sich daher mit

Geldforderungen schwer. Die Videoüberwachung, wie sie auf dem Gigelberg vorgesehen sei, diene weniger der Überwachung, sondern böte vielmehr die Möglichkeit, im Schadensfall Täter zu identifizieren. Außerdem hätte sie eine präventive Wirkung. Die bisherigen Maßnahmen hätten ausgereicht, da die Polizei immer präsent gewesen sei und man eigene Sicherheitsdienste für 12.000 - 13.000 € jährlich eingesetzt habe.

Zum Thema Überfremdung lässt er wissen, aufgrund der Terminverschiebung des Schützenfestes habe sich die Situation entspannt und man verzeichne vor allem die Klientel weniger, die am Schützenfest und Rutenfest gerne auftrete. Vielleicht sei aber auch die heiße Witterung dafür verantwortlich gewesen, dass man keine Zunahme der Besucher verzeichnet habe. Es sei zu weniger Gewalttaten gekommen. Alle in der Schützendirektion tätigen Schützendirektoren seien ehrenamtlich tätig. Es würden auch keine Fahrtkosten abgerechnet. Die Beiräte erhielten zum Teil eine Aufwandsentschädigung und kleine Honorare. Die Personalkosten der Schützendirektion beziffert er mit ca. 120.000 €.

Herr Krug, der in der Sitzung anwesend ist, lässt wissen, man vergebe einige Mini- und Midijobs in der Nähstube.

OB Fettback stellt abschließend fest, bei der Schützendirektion handle es sich um ein besonderes Konstrukt, das funktioniere. Hierfür müsse man dankbar sein und nicht überlegen, wie etwas verändert werden könne. Man sei sich einig in der Schützendirektion, dass keine Ausdehnung des Festes gewünscht werde. Er persönlich halte eine Videoüberwachung zur Prävention für richtig. Man befinde sich im Dreiklang mit Schützendirektion, Polizeidirektion und Bepo, was funktioniere. Er spricht seinen herzlichen Dank an Herrn Bott aus.

Es wird applaudiert.

TOP 3 Übertragung der bisherigen Investitionskostenzuschüsse zugunsten des Vereins Lernen Fördern e. V. für die Gebäude Ehinger Straße 9 und Bismarckring 25 auf die Gebäude Haberhäuslestraße 22 und 22/1

209/2007

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 209/2007 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und mehrheitliche Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 14.01.08.

StR Etzinger ist befangen und verlässt den Ratstisch.

OB Fettback trägt vor, Herr Krug habe im Hauptausschuss nichtöffentlich ausführlich Rede und Antwort auf Fragen gestanden, die den Verein Lernen Fördern e. V. generell betroffen hätten. Im anstehenden Fall handle sich nur um eine Umwidmung bewilligter Zuschüsse.

StR Funk meint, es gehe um Steuergelder und man gewähre eine Freiwilligkeitsleistung. Eine Umwidmung ohne die Stadt vorab einzubinden sei nicht in Ordnung. Man müsse auch bedenken, dass der Verein 2 Mio. € Umsatz mache und einen Umsatzsteuervorteil habe. Er wisse, dass dies auch bei vielen anderen angewandt werde, halte aber Transparenz für erforderlich, die nur bedingt gegeben sei. Er gibt den aktuellen Fall Nokia zu bedenken und kündigt an, sich zu enthalten.

OB Fettback zeigt sich erstaunt, vor allem was den Vergleich mit Nokia angehe, der unpassend sei. In Anlage 13 des Haushaltsplans seien viele Vereine enthalten, die städtische Zuschüsse erhielten. Würde man alle genauer unter die Lupe nehmen, benötigte man viel Zeit, was keine städtische Aufgabe sei, so lange kein Anfangsverdacht bestehe. Der Hauptausschuss habe die Informationen von Herrn Krug und die Leistungen des Vereins überwiegend sehr positiv zur Kenntnis genommen.

StR Späh lobt die Arbeit von Lernen Fördern und hebt darauf ab, dass die zur Übertragung anstehenden Zuschüsse lange genehmigt worden seien.

StR Dullenkopf äußert die Hoffnung, die Diskussion werde nicht dazu führen, dass der Eindruck entstehe, man beobachte etwas, was nicht in Ordnung sei. Dies sei überhaupt nicht der Fall und im übrigen nicht Gegenstand der Vorlage. Die alten Regelungen hätten auch dann Geltung, wenn die Arbeit an einem neuen Standort erbracht werde. Die CDU-Fraktion stimme zu. Er danke ausdrücklich für die gute Arbeit von Lernen Fördern. Man sei erfreut, dass finanzielle Ressourcen bestünden, um diese schwierigen Aufgaben zu erledigen. (Applaus).

StRin Drews kündigt an, die SPD-Fraktion werde ebenfalls zustimmen. Man danke für das überdurchschnittliche Engagement vor allem für Jugendliche aus Biberach und der Umgebung. Die Angebotspalette sei breit und man wünsche dem Verein weiterhin viel Erfolg.

StRin Vollmer trägt vor, die Freien Wähler seien zunächst skeptisch gewesen, die Ausführungen von Herrn Krug hätten jedoch alle Zweifel ausgeräumt und man stimme zu.

StR Funk bemerkt, er habe den Fall Nokia angeführt, da beim Umgang mit Steuergeldern Kontrolle generell wichtig sei. Der Einsatz für Schwache und Bedürftige sei wichtig und damit dies weiter möglich bleibe, müsse man kontrollieren, dass diese Aufgabe auch richtig erledigt werde.

OB Fettback gibt zu verstehen, diese Diskussion ärgere einen großen Teil des Gremiums, da man dem Verein absolut dankbar sei. Es sei wichtig, Lernen fördern vor Ort zu haben.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat bei 2 Enthaltungen (StRe Braig, Funk) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

- 1. Die dem Verein Lernen Fördern e. V. gewährten Investitionskostenzuschüsse für die Gebäude Ehinger Straße 9 und Bismarckring 25 werden auf die neuen Anwesen Haberhäuslestraße 22 und Haberhäuslestraße 22/1 übertragen.**
- 2. Die verbleibende Zweckbindung für die Zuschüsse wird auf einheitlich 15 Jahre festgelegt. Die Zuschüsse sind weiterhin zweckgebunden für zwei Tagesgruppen und für soziale Gruppenarbeit einzusetzen. Die Zweckbindungsfrist endet am 31.12.2022.**
- 3. Die Zuschüsse sind dann zeitanteilig zurückzubezahlen, wenn aus dem jeweiligen Verkauf eines bisher geförderten Gebäudes ein Überschuss erzielt wird. Die Berechnung erfolgt entsprechend der Darstellung in Ziffer II. 4 von Drucksache Nr. 209/2007.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 5/2008 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und mehrheitliche Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 14.01.08.

Zur Sitzung ging ein Antrag der SPD-Fraktion ein, der dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist.

OB Fettback trägt vor, es sei überwiegende Meinung, die Bildung dieses neuen Amtes sei richtig gewesen. An dieser Entscheidung habe sich durch den Weggang von Frau Stotz nichts geändert. Man habe nichts Großes geschaffen, sondern einen Ausgabenbereich aus dem Kämmereiamt herausgebrochen und mit einer neuen Amtsleitung versehen. Diese solle Ansprechpartner unter anderem für Kindergärten und Schulen sein und müsse ein breites Spektrum abdecken. Vor allem müsse auch Sachbearbeitung geleistet werden. Man dürfe jedoch die Erwartungshaltung nicht überfrachten. Es sei diskutiert worden, ob man angesichts der guten Wirtschaftslage mit guten Bewerbern rechnen könne. Sollte dies nicht der Fall sein, müsse man neue Überlegungen anstellen.

StR Dullenkopf bemerkt, da die Gründung des Amtes noch nicht lange zurückliege stimme man zu. Man habe über das Anliegen des SPD-Antrags in der CDU-Fraktion nicht diskutieren können, da er erst nach der Sitzung eingegangen sei. Schon bei der letzten Besetzung habe man jedoch zum Ausdruck gebracht, dass keine pädagogische Ausrichtung gewollt sei. Sollte sich eine Mehrheit für den Antrag aussprechen, müsse man über die Bewerberauswahl korrigierend eingreifen. Man habe über Jahre hinweg eine hervorragende Besetzung dieser Aufgaben durch Personal ohne pädagogische Ausbildung gehabt. Teile der CDU-Fraktion hätten eine abweichende Meinung und wünschten keine Ausschreibung, sondern wollten den Zustand vor der Ausschreibung wiederherstellen.

StRin Kübler hält entgegen, die gute Aufgabenerledigung durch Frau Leonhardt sei auch von Routine geprägt gewesen. Dieser Bereich dehne sich immer weiter aus, weshalb man auch ein eigenes Amt gebildet habe, um ein Zeichen zu setzen und diesen Aufgabenbereich zu stärken. Es sei bedauerlich, wenn die neue Struktur schon jetzt hinterfragt werde. Die SPD-Fraktion wolle durch die Ergänzung das Bewerberfeld stärken und eine größere Auswahl ermöglichen, zumal es sich um vielschichtige Aufgaben handle. Die Amtsleitung werde Anlaufstelle für einen Kreis unterschiedlichster Fachleute sein und erfordere eine starke Persönlichkeit. Die Ergänzung, auch Diplomwirten der Fachbereiche Pädagogik und BWL eine Chance zu geben, stelle nur einen Zusatz dar.

OB Fettback erwidert, wenn dies nur als Zusatz verstanden werde, könne man die Ergänzung aus Sicht der Verwaltung aufnehmen, da sie dann unschädlich wäre. Entsprechende Bewerber könnten sich aber auch auf den Ausschreibungstext, den die Verwaltung vorschlage, melden und sofern Geeignete darunter wären, könne man sie zum Gespräch einladen.

StRin Vollmer hebt darauf ab, man habe schon bei der Erstbesetzung einen ähnlichen Antrag abgelehnt. Die Freien Wähler sähen in der Kündigung von Frau Stotz einen Wink des Schicksals und seien mittlerweile überzeugt, dass es richtig wäre, diesen Aufgabenbereich wieder in das Käm-

mereiamt einzugliedern und dieses mit einer Sachbearbeiterstelle zu verstärken. Frau Leonhardt müsse ohnehin die IZBB-Vorhaben abwickeln. Daher lehne man die Vorlage ab.

StR Späh meint, die Stelle benötige eine hohe Kompetenz. Bislang fehle Kontinuität, weshalb man einen erneuten Versuch wagen solle. Schon bei der Erstbesetzung hätten die Grünen eine stärkere pädagogische Gewichtung beantragt und seien daher für den SPD-Antrag.

StR Funk signalisiert die Zustimmung der FDP zur Verwaltungsvorlage. Den SPD-Antrag lehne man ab. Er bezeichnet es als wichtig, dass Frau Leonhardt sich mit ganzer Kraft in der Doppik einsetzen könne. Klar sei jedoch, dass man nur eine geeignete Person wählen werde.

StR Kolesch gibt zu verstehen, er habe das Herausbrechen dieser Aufgaben aus einer gut funktionierenden Einheit schon immer für falsch gehalten. Auch bei Zugehörigkeit zum Kämmereiamt habe man diesem Aufgabenbereich schon immer große Bedeutung zugemessen, was sich auch an den Finanzmitteln abgezeichnet habe. Nun habe man eine relativ kleine Einheit geschaffen, bei der schon Vertretungen problematisch seien. Diese Entscheidung halte er für falsch. Statt dessen sollte die Aufgabe zum Kämmereiamt zurück und ein entsprechender Unterbau geschaffen werden. Quantitativ habe es bei der ersten Ausschreibung keinen Bewerbermangel gegeben, letztlich sei aber im Hauptausschuss nur eine Bewerberin übrig geblieben, die die erforderliche Qualifikation gehabt habe. Wenn man in der Verwaltung bereits qualifiziertes Personal für diese Aufgabe habe, solle man die Aufgabe diesen Personen zuweisen.

StR Zügel schließt sich dieser Argumentation an. Bis zur Stellenneubesetzung vergehe viel Zeit und Frau Leonhardt müsse daher ohnehin viele Aufgaben übernehmen. Dass das Kämmereiamt durch das neue Haushaltsrecht belastet sei, sei kein Gegenargument, da man eine zusätzliche Sachbearbeiterstelle schaffen würde. Das Ziel der ursprünglichen Ausschreibung sei gewesen, eine Person mit hohen Managementfähigkeiten zu finden. Daher habe man seinerzeit den Antrag der Grünen abgelehnt. Dieser Schwerpunkt sei immer noch erforderlich. Den SPD-Antrag könne man nur als Appendix sehen, der bei einer Ausschreibung untergeordnet wäre. Seines Erachtens müsse die Verwaltung das Ausschreibungsprofil festlegen und man solle es bei deren Vorschlag belassen.

StR Keil gibt zu bedenken, der von der SPD-Fraktion angesprochene Studiengang sei seit vielen Jahren geschätzt und habe Personen hervorgebracht, die große Einrichtungen leiteten. In der Regel seien diese Personen sehr flexibel und praxiserfahren. Man habe im Bereich Bildung und Betreuung bereits viel bewegt aber auch noch vieles vor. Man habe niemand in der Verwaltung, der über die natürlichen pädagogischen Fähigkeiten hinaus die Kompetenz habe, um diesen zunehmenden Aufgaben gerecht zu werden.

StR Abele hält es nicht für unerheblich, ob der von der SPD-Fraktion geforderte Zusatz aufgenommen werde oder nicht. Man habe mit der Formulierung bei der ersten Ausschreibung lange gerungen. Er verstehe die Haltung der Verwaltung nicht, diesen Zusatz als unschädlich einzustufen. Er lehne den SPD-Antrag ab. Sollte man keine guten Bewerber erhalten, müsse man den Mut haben, neu zu entscheiden.

Der **SPD-Antrag** wird mit 10 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung (StR Hagel) und restlichen Nein-Stimmen **abgelehnt**.

Anschließend fasst der Gemeinderat mit 9 Nein-Stimmen (unter anderem die StRe Dr. Compter, Förg, Goeth, Kolesch, Vollmer, Zügel) mehrheitlich folgenden

Beschluss:

- 1. Die Stelle „Leitung des Amts für Bildung, Betreuung und Sport“ wird baldmöglichst öffentlich ausgeschrieben.**
- 2. Der Ausschreibungstext (siehe Anlage zu Drucksache Nr. 5/2008) wird gebilligt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 6/2008 zur Beschlussfassung vor.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Die in Anlage 1 zu Drucksache Nr. 6/2008 aufgeführten Spenden werden angenommen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 7/2008 zur Information vor.

OB Fettback entschuldigt in diesem Zusammenhang EBM Wersch und Frau Leonhardt, die beide erkrankt seien.

Dann weist er auf die angesprochene Eigenkapitalerhöhung bei den Stadtwerken hin und lässt wissen, man könne die für Januar angekündigte Vorlage erst im Februar vorlegen. Das Thema Kostenentwicklung Stadtwerke sei jedoch unabhängig von der Eigenkapitalausstattung zu sehen.

StR Wiest bezeichnet die Nachrichten als gut, fasst schon als selbstverständlich. Fast handle es sich um eine vorweggenommene Jahresschlussrechnung. Die Zahlen seien sehr erfreulich und einige Eckdaten hätten sich im Vergleich zum 3. Quartalsbericht nochmals verbessert. Ein hohes Niveau bestehe jedoch auch beim Verwaltungshaushalt, weshalb gute Rücklagen um so wichtiger seien. Er kritisiert die Aussage, bei der von negativen Folgen der Gewerbesteuer gesprochen werde. Diese seien nicht negativ, sondern einfach eine logische Folge des Finanzausgleichs.

StRin Kübler führt aus, die Haushaltslage weise keine großen Unsicherheiten aus und fast alle Positionen lägen im grünen Bereich. Die Gewerbesteuer sei schon geraume Zeit auf hohem Niveau, weshalb man sich nicht nur freuen und zufrieden sein dürfe. Vielmehr müsse man überlegen, wie zumindest ein Teil der Mehreinnahmen sinnvoll und haushaltsentlastend verwendet werden könne. Auffallend sei die Zurückhaltung des Landes bei der Zuschussauszahlung, aufgrund derer man 1,12 Mio. € vorfinanzieren müsse. Die Landesregierung lasse die Kommunen im Regen stehen. Teilweise sei unklar, ob die Zuschüsse nur später ausgezahlt würden oder ganz gestrichen worden seien.

OB Fettback erwidert, er habe die Aussagen so verstanden, dass die Auszahlung sich nur verschoben habe.

StR Zügel meint, die Ansprüche mehrten sich, die Stadt solle alles bezahlen. Es sei jedoch ein bedächtiger Umgang mit den finanziellen Ressourcen erforderlich. Er bezeichnet es als richtig, die Rücklagen zu erhöhen. Der Verwaltungshaushalt liege auf sehr hohem Niveau und man müsse mit einem höheren Defizit der Stadtwerke beziehungsweise deutlich höheren Kapitalerhöhungen rechnen. Da häufig die Brutto- und Nettogewerbesteuereinnahmen verwechselt würden, wirbt er für eine konsequente Darstellung.

StR Späh stellt fest, man liege fast überall über Plan, weshalb er sich frage, ob zu vorsichtig geplant worden sei oder diese Positionen so schwer abzuschätzen seien. Die Auswirkung sei problematisch, wenn immer von Mehreinnahmen gesprochen werde. Die Abweichung bei den Personalkosten habe ihn erstaunt, da diese seines Erachtens gut planbar sein müssten. Die Deckung überplanmäßiger Ausgaben werde nicht wie in der Vorlage behauptet in jedem Einzelfall dargestellt, da häufig nur Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer als Deckungsmittel genannt würden.

StR Funk meint, jahrelang sei von der Verwaltung versucht worden darzulegen, dass man über die Verhältnisse gelebt habe. Jetzt werde dargelegt, dass Vorsicht geboten seien. Die FDP meine, dass

nun der Bürger an der Reihe sei. Man habe Bruttosteuernehreinnahmen in Höhe von 4,664 Mio. €. Im 3. Quartal seien sie noch mit 2,353 Mio. € beziffert worden. Auch bei vielen anderen Positionen sei ein Anstieg zu verzeichnen. Man müsse sich daher etwas einfallen lassen, wie dem Bürger etwas zurückgegeben werden könne. Insofern stimme er StRin Kübler zu. Er regt an, nichtöffentlich zu beraten, was in guten Zeiten gemacht und gegebenenfalls schnell wieder rückgängig gemacht werden könnte und äußert die Hoffnung auf die Realisierung des von der FDP im Rahmen der Haushaltsplanberatungen beantragten Gutscheineffts.

Herr Simon begründet die Abweichungen bei den Personalkosten in Höhe von 2,3% mit deutlichen Neuerungen und Auswirkungen durch den TVöD. Man mühe sich redlich, die Entwicklung richtig einzuschätzen.

OB Fettback gibt zu bedenken, sämtliche Investitionen in Bildungseinrichtungen seien auch als Risikovorsorge zu verstehen. Man sei verpflichtet, überplanmäßige Einnahmen in die Rücklage zu geben, könne sich aber natürlich überlegen, was künftig unternommen werden könnte. Frühestens sei dies jedoch zum Jahresabschluss möglich.

Damit hat der Gemeinderat vom Bericht Kenntnis genommen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 2/2008 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und mehrheitliche Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 14.01.08.

OB Fettback lässt wissen, ihm Rahmen der Vorberatung sei der Nutzen für die Stadt hinterfragt worden. Sofern der Gemeinderat der Bewerbung zustimme, könne man zeigen, was man alles bieten wolle. Es seien diverse Bausteine möglich und man müsste noch mit vielen Beteiligten sprechen. An die Umlandgemeinden wolle man ein offenes Angebot machen, sich zu beteiligen. Dies sei möglich aber nicht zwingend. Eine Bewerbung sei auch ohne Beteiligung der Umlandgemeinden möglich. Er sähe hierin eine gewisse Chance, sich kulturell als Einheit zu präsentieren. Die Bürgermeister der Umlandgemeinden hätten das Angebot gut gefunden und in ihre Gremien eingebracht.

StR Dullenkopf lässt wissen, in der CDU-Fraktion sei schnell klar gewesen, dass man dem Antrag zustimmen werde. Im Grunde handle es sich um Werbung für die Stadt, um Stadtmarketing. Man plädiere jedoch für eine Alleinbewerbung und -durchführung, da man große Probleme in der Koordination, Ausrichtung und Darstellung sowie Identität bei Beteiligung umliegender Gemeinden befürchte. Diesen Stress wolle man der Verwaltung ersparen.

StR Lemli lässt wissen, in der SPD-Fraktion sei vor allem der Mehrwert im Vergleich zum Aufwand hinterfragt worden. Die gestellten Fragen seien nicht überzeugend beantwortet worden. Man habe weitere Informationen eingeholt, wonach der finanzielle Aufwand in Relation zum Nutzen stehe, insbesondere was den Werbeeffect betreffe. Als besonders wichtig erachte man die Einbeziehung der Umlandgemeinden als Chance, etwas gemeinsam zu machen und Verbindendes anzugehen, auch wenn dies ein schwieriger Weg werden könne.

StRin Vollmer meint, der Name sei nicht besonders schön und eigentlich würden alle geplanten Veranstaltungen ohnehin stattfinden. Aufgrund des zu erwartenden Werbeeffectes werde man zustimmen. Die Freien Wähler sprächen sich für die Einbindung der umliegenden Gemeinden aus.

StR Späh meint, eine interessante Bezeichnung sei besonders für die Jugend wichtig, weshalb ein gutes Motto vorangestellt werden müsse. Man könne sich einen landesweiten Imageschub durch die Ausrichtung vorstellen und sehe eine Chance zur Beteiligung der Umlandgemeinden, deren Pflege zunehmend wichtiger werde.

StR Funk signalisiert Zustimmung und fände eine Beteiligung der Umlandgemeinden gut.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat bei 2 Enthaltungen (StRe Kapfer, Keil) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Biberach beauftragt die Verwaltung mit der Bewerbung um die Ausrichtung der Heimattage 2012 oder 2014.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 1/2008-1 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung erfolgte im Hauptausschuss am 14.01.08.

OB Fettback lässt wissen, der 100. Geburtstag von Hugo Rupf werde hauptsächlich in Heidenheim gefeiert, man werde aber auch in Biberach im Rahmen des Schützenfestes eine Würdigung vornehmen. Die Straßenbenennung nach Christoph Sturm habe man zurückgestellt.

StR Dullenkopf führt aus, Straßenbenennungen seien grundsätzlich problematisch, besonders wenn sie politisch geprägt seien oder wenn nur ein Aspekt eines Lebens herausgegriffen werde. Ihm persönlich seien derartige Straßenbenennungen gar nicht recht, da bei vielen Persönlichkeiten irgendwann etwas Negatives zu Tage trete oder eine andere Bewertung vorgenommen werde. Als Beispiel nennt er die Hindenburgstraße oder Pestalozzi. So könne man in der Zukunft eventuell auch hinterfragen, ob das Verhalten von Gerhard Storz im Dritten Reich richtig gewesen sei. Aufgrund der erhaltenen Kurzinformation seien keine derartigen Entscheidungen möglich, sondern man müsste genauer hinterfragen. Bei den ausgesuchten Persönlichkeiten treffe die Beurteilung sicher zu und die CDU-Fraktion stimme zu. Er mahnt, die Benennung einer Straße nach Christoph Sturm nicht zu vergessen.

StRin Kübler zeigt sich mit dem Verwaltungsvorschlag sehr zufrieden. Die Benennung einer Straße nach Hugo Rupf sei beinahe eine Pflicht. Dass die Namen von Partnerstädten aufgegriffen würden sei positiv. Die SPD-Fraktion freue sich auch, dass ein acht Jahre alter Vorschlag einer Straßenbenennung nach Georg Storz berücksichtigt werde. Man solle weitere Persönlichkeiten berücksichtigen, auch Frauen.

Die StRe Vollmer und Späh signalisieren Zustimmung.

StR Funk freut sich außerordentlich, dass im Talfeld die Straßen von Hugo Rupf und Otto Schlecht aufeinandertreffen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Im neuen Baugebiet „Talfeld“ werden die neuen Straßen wie folgt benannt:

Telawiallee, Hugo-Rupf-Straße, Gustav-Maerz-Straße, Heinrich-Forschner-Straße, Otto-Schlecht-Straße und Gerhard-Storz-Straße (siehe Lageplan in Anlage zu Drucksache Nr. 1/2008-1).

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 4/2008 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 17.01.08.

StRin Handtmann ist befangen und verlässt den Ratstisch.

BM Ogertschnig führt kurz ins Thema ein.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Für das im Lageplan des Stadtplanungsamtes, Plan-Nr. 07-069 vom 19.12.2007, mit unterbrochener, bandierter Umrandung gekennzeichnete Gebiet wird das 2. Änderungsverfahren für den Bebauungsplan „Aspach-Nord“ eingeleitet.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 3/2008 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 17.01.08.

BM Ogertschnig führt kurz ins Thema ein und gibt zu verstehen, die Maßnahme sei Teil eines Gesamtkonzepts zur ökologischen Durchlässigkeit.

Der Gemeinderat fasst ohne Aussprache einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Die Projektidee wird zustimmend aufgenommen und die Verwaltung beauftragt, weitere Planungsschritte zu koordinieren.**
- 2. Das Landschaftsplanungsbüro Ryffel und Ryffel aus Uster (Schweiz) wird mit der Erarbeitung einer Vorentwurfsplanung für die Umgestaltung des Bleicherbachs im Firmenbereich beauftragt.**

TOP 11.1 Verschiedenes: Lehmgrube

StR Braig bringt vor, er sei von Tennisspielern darauf angesprochen worden, dass der Tennisplatz bei der Lehmgrube nicht saniert, sondern nur mit einer Drainage unterschossen werde. Der Platz sei jedoch nicht mehr dicht. Es dürfe nicht der Fall eintreten, dass irgendwann eine Sanierung gefordert werde.

BM Ogertschnig bestätigt die Ausführungen. Der Tennisplatz sei Bestandteil der Konzeption und Teil aller erteilten Genehmigungen. Der Verein habe die Bespielbarkeit während der Baumaßnahme gefordert. Durchsickerndes Wasser werde an der Schlackeschicht aufgefangen und abgeleitet.

TOP 11.2 Verschiedenes: Baumaßnahme Pfluggasse

StR Wiest bringt vor, in der Vorwoche sei ein Leserbrief zum Bauvorhaben in der Pfluggasse veröffentlicht worden, der eine Bemerkung enthalten habe, die unter der Gürtellinie gelegen habe. Daher nehme er entgegen der üblichen Praxis hierzu Stellung. Es sei ausgeführt worden, „um wieviel Silberlinge ... zugunsten des Investors versilbert worden sei“. So dürften Verwaltung und Gemeinderat nicht dargestellt werden.

Es wird applaudiert.

TOP 11.3 Verschiedenes: EDEKA-Markt Walke

StRin Kübler bringt vor, sie habe gehört, der EDEKA-Markt Walke am Marktplatz solle geschlossen werden. Sie fragt, ob die Verwaltung hierzu nähere Kenntnisse habe und meint, eine Schließung wäre bedauerlich.

BM Ogertschnig lässt wissen, Herr Walke erhalte immer 3-Jahres-Verträge, was Investitionen erschwere. In dieser Woche finde noch ein Gespräch mit ihm statt. Der Verwaltung sei daran gelegen, einen vollsortierten Lebensmittelmarkt in der Altstadt zu haben. Sobald er nähere Informationen habe, werde er im Bauausschuss berichten.

Anschließend wird die Sitzung von 19:35 Uhr bis 19:55 Uhr zur Vesperpause unterbrochen. Danach schließt sich eine nichtöffentliche Sitzung an.

Gemeinderat, 28.01.2008, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	OB Fettback
Stadtrat:	Wiest
Stadträtin:	Kübler
Schriftführerin:	Appel
Gesehen:	EBM Wersch
Gesehen:	BM Ogertschnig